

## AK IN NEUEN HÄNDEN

Der neue Arbeiterkammerpräsident Rudi Kaske nennt die Themen Bildung, Arbeit und Wohnen als wichtigste Schwerpunkte.

**M**it März hat Rudi Kaske, 57, sein Amt als neuer Präsident der AK Wien und der Bundesarbeiterkammer angetreten. Er war in den 1970er Jahren Mitinitiator der Aktion „M wie Mitbestimmung“ für die gesetzliche Einrichtung von Jugendvertrauensräten – und war dann selbst einer der ersten JVR. Damals wurde Kaske im Hotel Intercontinental noch als Koch ausgebildet. Zwischen 1974 und 1987 war er Jugendsekretär der damaligen Gewerkschaft Hotel, Gastgewerbe, persönlicher Dienst, von 1987 bis 1995 Zentralsekretär der Gewerkschaft und von 1996 bis 2006 deren Vorsitzender. Nach dem Zusammenschluss seiner Gewerkschaft zur Dienstleistungsgewerkschaft *vida*, wurde Rudi Kaske wiederum deren Vorsitzender. Als Gewerkschaftschef setzte er die Fünf-Tage-Woche im Tourismus und 1.300 Euro Mindestlohn im Gastgewerbe durch. Zu den wichtigsten Schwerpunkten in der AK zählt der neue Arbeiterkammerpräsident Rudi Kaske „Bildung, Arbeit, Wohnen“.



Rudi Kaske löst Herbert Tumpel als AK Präsident ab.

## AK KAMPAGNE RELOADED

Die erfolgreiche AK-Werbekampagne „In Österreich läuft etwas schief“ geht bereits in die dritte Runde.

**M**ühsames Erklimmen einer schiefen Ebene: Eine junge Familie plagt sich mit den hohen Kosten fürs tägliche Leben, ein Arbeiter schiebt eine viel zu schwere „Ameise“ bergauf, eine Angestellte kämpft mit einem Riesenstapel von Ordnern. Dann aber rückt der rote AK-Würfel die Schiefelage zurecht – das sind die über drei Millionen Stimmen der ArbeitnehmerInnen für mehr Verteilungsgerechtigkeit. Mit diesen Spots in TV, Internet, U-Bahn und im Rundfunk bringt die Arbeiterkammer seit Mitte März ihre wichtigsten Forderungen im Interesse der ArbeitnehmerInnen wieder auf den Punkt: Die Finanztransaktionssteuer muss jetzt rasch umgesetzt werden; Die Arbeitseinkommen sollen steuerlich entlastet werden und von großen Vermögen ein gerechter Beitrag bezahlt werden; Wohnen muss leistbar bleiben – die AK setzt dabei auch auf Mietobergrenzen. **UB**



GERECHTIGKEIT MUSS SEIN



## KALT WARM



### Mündige BürgerInnen

Die Volksbefragung ergab: 63,5 Prozent der WienerInnen sind dafür, dass die Parkraumbewirtschaftung in den Bezirken bestehen bleibt. Das ist gut so, denn die Bezirke können am ehesten ihre eigenen Rahmenbedingungen, Anforderungen und Bedürfnisse einschätzen. Positiv ist, dass es weiterhin individuelle Lösungen gibt, die auch PendlerInnen das Leben erleichtern können. Schützenswert: Die BürgerInnen sehen die kommunalen Dienstleistungen als Garant für ihre hohe Lebensqualität. Sie stimmten deutlich (81,2 Prozent) dafür, kommunale Betriebe vor einer Privatisierung zu bewahren.

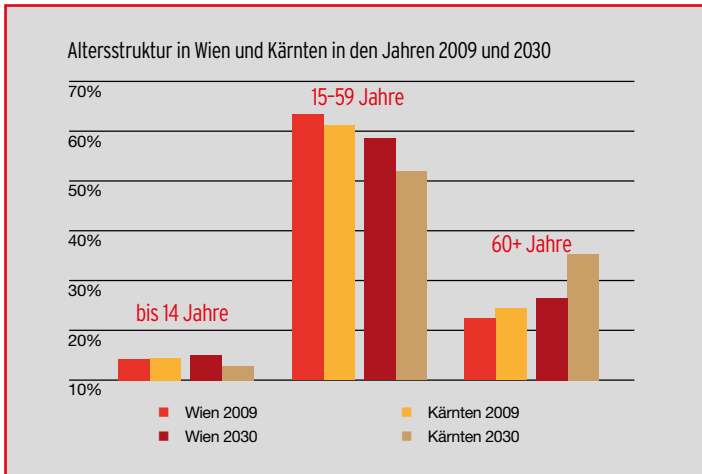


### Gehalts-Check im Gemeindebau

Wer im Gemeindebau lebt und besser verdient, soll wieder ausziehen oder mehr zahlen. Deshalb soll der Lohnzettel regelmäßig kontrolliert werden, egal ob er/sie schon drei oder zwanzig Jahre dort lebt. Wer das vorschlägt, bedenkt nicht, dass die „Reichen“ im Gemeindebau erst mit der Zeit etwas mehr verdient haben. Auch verhindert die Durchmischung, dass aus den Gemeindebauten soziale Ghettos werden. Denn das Klima ist weitaus positiver als es uns Serien wie „Wir leben im Gemeindebau“ weismachen wollen. Und seien wir uns ehrlich: Die wirklich Reichen wohnen woanders.



## AUS ALT WIRD JUNG. Erstaunlich: Wien wird 2030 das jüngste Bundesland sein.



Quelle österreichische Raumordnungskonferenz

**Die Stadt Wien wird vom ursprünglich ältesten Bundesland zum jüngsten.** So wird sich etwa der Anteil der bis zu 14-Jährigen auf 15,1 Prozent erhöhen. Dagegen werden die über 60-Jährigen geringer als in den anderen Bundesländern auf bloß 26,5 Prozent wachsen. Kärnten hingegen soll 2030 mit 35,1 Prozent Spitzenreiter beim Bevölkerungsanteil der über 60-Jährigen werden. Die bis 14-Jährigen werden auf 12,9 Prozent sinken. Gründe dafür sind, dass strukturschwache Regionen unter Abwanderung aufgrund fehlender Ausbildungsplätze und attraktiver Arbeitsplätze leiden werden. Ein Nebenaspekt ist, dass in Wien die Gruppe der alten Menschen einen hohen Anteil an multikultureller Herkunft aufweisen wird.

## Arbeit für die Jugend



Ausbildungsgarantie als Vorbild für EU

Nun soll die Jugend-Beschäftigungsgarantie endlich auch auf EU-Ebene Realität werden. Kein junger Mensch in der EU soll künftig ohne Job oder Weiterbildung auskommen müssen. Binnen vier Monaten soll jugendlichen Arbeitslosen unter 25 Jahren ein Job, ein Ausbildungsplatz oder zumindest ein Job-Training angeboten werden. Das rot-weiß-rote Modell der „Ausbildungsgarantie“ dient den EU-Mitgliedsstaaten dabei ausdrücklich als Vorbild – sechs Milliarden Euro werden binnen sieben Jahren in die Maßnahmen fließen. Starten soll die Jugend-Beschäftigungsgarantie bereits ab 2014.

Derzeit sind 7,5 Millionen junge EuropäerInnen ohne Arbeit, Schul- oder Berufsausbildung. Das ist die traurige Rekordhöhe von 23,6% Jugendarbeitslosigkeit.

## Fahrrad findet Stadt

Das Jahr 2013 ist das Wiener Radjahr. Mit über 160 Veranstaltungen sollen die WienerInnen zum Radfahren motiviert werden. Richtig intensiv wird es in der Wiener Radwoche, in der auch die internationale Velo-city-Konferenz im Rathaus – 11. bis 14. Juni – stattfindet. Der Rathausplatz wird dabei zur Radarena: u.a. mit Bicycle Fashion Show, Bicycle Bell Concert und RADpaRAde. <http://velo-city2013.com/> JW



160 Veranstaltungen für RadfahrerInnen

## Editorial DIVERSITY STATT GUTER PROJEKTE



Thomas Ritt, Leiter Abteilung  
Kommunalpolitik der AK Wien

Das mit der Diversity ist ein bisschen so wie mit der Nachhaltigkeit – es steht bald einmal als Prinzip in irgendeinem Vorwort oder gar in einem Gesetz. Gern wird Diversity auch als neuer Begriff für schon Bekanntes verwendet, um vielleicht ein bisschen moderner zu wirken. Worum es konkret geht, ist dann oft nicht ganz so klar.

Es geht um den Umgang mit dem „Anderssein“. Und das Anderssein kann unterschiedlichste Ausprägungen haben: Alter, Geschlecht, Herkunft, sexuelle Orientierung, Religion, Weltanschauung. Oft ist auch davon die Rede, dass man die Diversität als Bereicherung verstehen soll. Das fällt mir persönlich bisweilen doch etwas schwer. Wenn etwa in Ehren ergraute MitbürgerInnen im Park um ihre Reviere fürchten und deshalb über die frechen Kinder herfallen. Oder wenn eine Freikirche, die in einem Wohnhaus untergebracht ist, durch ein stundenlanges, vielkehliges Halleluja den Bewohnern die letzte Sonntagsruhe raubt. Da ist meine Bereicherungsgrenze klar überschritten.

Zentral ist nicht das Liebhaben des Anderssein, sondern der wertschätzende und nicht diskriminierende Umgang damit – und das nicht nur auf privater Ebene. Diversity muss auch konkrete Umsetzung in der Kommunalpolitik finden, sonst bleibt es nur bei unverbindlichen Appellen – womit wir dann wieder bei der Nachhaltigkeit wären.

### Impressum:

**Medieninhaber und Herausgeber** AK-Wien, Prinz-Eugen-Straße 20-22, 1040 Wien **E-Mail** [stadt@akwien.at](mailto:stadt@akwien.at) **Telefon** 01/501 65-DW **Redaktion** Mag Thomas Ritt (Leitung), Mag Christian Resei, Jakob Fielhauer **MitarbeiterInnen dieser Ausgabe** Dipl. Pol. Ute Bössinger, DI Christian Pichler, Mag Peter Prenner, Mag Walter Rosifka, Mag Lukas Tockner, Josef Wallner, Mag Mark Wilson, DI Judith Wittrich. **Konzept und Produktion** Jakob Fielhauer, [www.fielhauer.at](http://www.fielhauer.at) **Coverfoto** © fovito – Fotolia.com **Druck und Herstellung** Martinidruck- und VerlagsgmbH, 1070 Wien **ISSN** 2227-9415 **Offenlegung gemäß Mediengesetz, Par. 25** [wien.arbeiterkammer.at/impressum.htm](http://wien.arbeiterkammer.at/impressum.htm); AK Stadt thematisiert relevante Kommunalthemen für Wiener ArbeitnehmerInnen. In der AK Stadt veröffentlichte Artikel müssen nicht notwendigerweise die Meinung der AK Wien wiedergeben. Sagen Sie uns Ihre Meinung, Sie erreichen uns unter [stadt@akwien.at](mailto:stadt@akwien.at)

Wohnen nach der Privatisierung

## DIE QUALITÄT LÄSST NACH, DER PREIS STEIGT

Vor 10 Jahren wurden 700 Wohnungen im Arsenal an private Investoren verkauft. In einer von der AK beauftragten Studie analysiert **Peter Moser** die damit verbundenen Veränderungen.

### Wie hat sich die Privatisierung auf die „Altm Mieter“ ausgewirkt?

Es gibt fast keinen Haushalt, der nicht etwas am Standard oder an der Ausstattung seiner Wohnung geändert hat. Seitens der Hausherren gab es hingegen versuchte Eingriffe in die Nutzungsrechte, etwa von Kellerabteilen, Dachböden oder PKW-Stellplätzen.

### Wie hat sich die Privatisierung auf die Mieten ausgewirkt?

Die Mieten sind rascher als üblich angestiegen: Haushalte, die kurz vor der Privatisierung



eingezogen sind, zahlen heute im Durchschnitt rund 8,50 Euro pro m<sup>2</sup> Gesamtmiete, vor kurzem Zugezogene schon über 11 Euro pro m<sup>2</sup>, und von zukünftigen BewohnerInnen werden laut derzeitigen

Wohnungsangeboten fast 14 Euro pro m<sup>2</sup> verlangt.

### Gibt es Probleme mit der Hausverwaltung?

Deren Kernkompetenz – also Erreichbarkeit, schnelles Eingreifen und Beauftragung eines Handwerkers – wurde schlecht bewertet. Was die Transparenz der Abrechnungen betrifft, sind die MieterInnen weitaus weniger zufrieden als vor 2003.

### Gelten diese Beschwerden nur für Altm Mieter oder auch für neue MieterInnen?

Selbst die MieterInnen, die erst vor einem oder zwei Jahren eingezogen sind, geben ähnliche Bewertungen wie die LangzeitbewohnerInnen ab.

### Was ist Ihr Resümee?

Altm Mieter und Neumieter zahlen den Preis der Privatisierung. Die Altm Mieter in der Verschlechterung von Wohnumfeld und Lebensqualität, die Neumieter zahlen in deutlich gestiegenen Mieten.

**DI Peter Moser** studierte Architektur und danach Politikwissenschaft am Institut für Höhere Studien. Er ist Mitbegründer des seit 1990 existierenden SRZ Stadt und Regionalwissenschaftlichen Zentrums Wien.

### Studie AK Stadtpunkte Nr 7: Wohnen im Arsenal

Von rund 8,50 Euro pro m<sup>2</sup> über 11 Euro pro m<sup>2</sup> in der Zwischenzeit, werden nun laut aktuellen Wohnungsangeboten fast 14 Euro Gesamtmiete pro m<sup>2</sup> verlangt.

Bestellung der Studie unter [stadt@akwien.at](mailto:stadt@akwien.at)



## DAS MENSCHENRECHT AUF WASSER

Das Menschenrecht auf Wasser und sanitäre Grundversorgung soll gesichert werden.

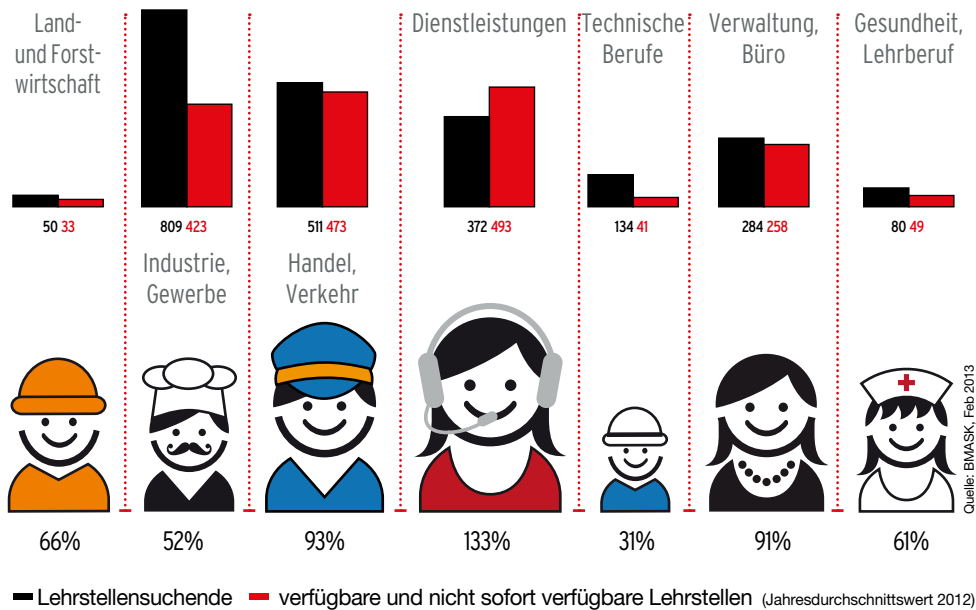
Eine europäische Bürgerinitiative gegen Wasserprivatisierung hat das Ziel, das Menschenrecht auf Wasser und sanitäre Grundversorgung EU weit zu verankern. Um dieses Thema auf die Agenda der EU-Kommission setzen zu können, müssen mindestens eine Million Unterschriften aus insgesamt sieben unterschiedlichen EU-Mitgliedsstaaten gesammelt werden. Wer die Initiative in Österreich unterstützen will, muss mindestens 16 Jahre alt sein. Infos und Unterschrift (mit Passnummer): <http://www.right2water.eu/de>

Nicht jede/r findet seine Traumlehrstelle.

## WIENER WIRTSCHAFT BIETET ZU WENIG LEHRSTELLEN!

Rund 3.500 Jugendliche beginnen jährlich eine Lehre in Wien. Jedoch bietet die Wiener Wirtschaft zu wenig Lehrstellen an. Besonders auffallend ist, dass in den technischen Berufen, wo FacharbeiterInnen gesucht werden, viel zu wenig ausgebildet wird. Dort kommen 134 Lehrstellensuchende auf 41 Lehrstellen, gefolgt von Industrie und Gewerbe, wo nur etwa jeder zweite Jugendliche einen Beruf findet. In den meisten Branchen stehen die Chancen für eine Lehrstelle schlecht, nur bei den Dienstleistungen gibt es ausreichend Ausbildungsplätze.

### Wie realistisch sind die Chancen den Traumberuf zu finden?



**Nach wie vor wünschen sich rund 70 % der Mädchen und 44 % der Burschen einen Beruf aus den zehn beliebtesten Lehrberufen. Aber nicht immer ist der Wunschtraum eine Ausbildung mit Zukunft. Eine Liste aller Lehrberufe und wertvolle Tipps unter [www.ams.at](http://www.ams.at)**

## GEMEINSAM UND LANGSAMER

Im neuen Konzept wird der Verkehr auf der Mariahilfer Straße entschleunigt.

Das neue Verkehrskonzept für die Mariahilfer Straße ist fertig. Im Kernbereich zwischen Kirchen- und Andreasgasse wird es eine FußgängerInnenzone mit einer Spur für die Buslinie 13 A geben, das Fahrradfahren ist gestattet. Beidseitig angrenzend – Richtung

Westbahnhof bis Kaiserstraße und stadteinwärts bis Museumsplatz – wird es „Begegnungszonen“ geben. Dort ist auch für Autos die Zufahrt zu Garagen möglich. Es herrscht eine 20km/h Geschwindigkeitsbegrenzung. Wichtig: In diesem Bereich sind alle VerkehrsteilnehmerInnen gleichberechtigt! Diese Idee stammt aus den Niederlanden und nennt sich „Shared-Space-Bereich“, sie wurde bereits in mehreren Gemeinden Österreichs getestet. Zudem werden eine Reihe von „Mahü“-Querungen unterbrochen und zu



„Shared-Space-Bereich“ soll kommen.

Sackgassen. Die AK Wien begrüßt den Vorrang für FußgängerInnen und den Erhalt der Öffis. Daneben sollte aber auch die Verkehrswirkungen in den angrenzenden Bezirksteilen berücksichtigt werden. Der öffentliche Raum muss durch nichtkommerzielle Aufenthaltsräume ergänzt, Waren und Schani-gärten sollen – soweit möglich – von Gehwegen entfernt werden. Beim notwendigen Liefer-, AnrainerInnen- und Radverkehr sind konfliktfreie Führungen und angepasste Geschwindigkeiten vorzusehen. Ab 12. April können sich Interessierte in der Dialogbox, Mariahilfer Straße 76, informieren.

### Kommentar

## DAS VERSAGEN DER MIETZINSBEGRENZUNG



Walter Rosifka, Abteilung Konsumentenpolitik der AK Wien

Rund 275.000 oder 43 Prozent aller Wiener Hauptmietwohnungen gehören privaten EigentümerInnen. Weil es einen Engpass gibt, sind die Mieten oft hoch, derzeit am privaten Wohnungsmarkt kaum unter 11 Euro pro m<sup>2</sup>. Ohne Betriebskosten und Umsatzsteuer, also reiner Hauptmietzins, werden mindestens 8 Euro pro m<sup>2</sup> verlangt. Eigentlich fallen 210.000 dieser privaten Mietwohnungen durch das Richtwertsystem unter die gesetzliche Mietzinsbegrenzung. Für einen unbefristeten Mietvertrag einer Durchschnittswohnung legt es (ohne Zuschläge oder Abstriche) einen Hauptmietzins von 5,16 Euro pro m<sup>2</sup> fest. Viele Vermieter berufen sich aber auf äußerst schwammige Zuschlags-Regelungen im Mietrechtsgesetz. Auffallend: Befristete Mieten sind besonders hoch, selten wird der gesetzlich vorgeschriebene Abschlag von 25 Prozent eingehalten. Befristete MieterInnen wehren sich kaum gegen diese systematisch rechtswidrige Vorgehensweise, sie hoffen oft auf eine Verlängerung des Vertrages. Wir brauchen ein neues Mietrecht, das die MieterInnen besser schützt. Die AK fordert klare Mietobergrenzen. Vermieter, die auf die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften pfeifen, sollen zur Kasse gebeten werden: Alles was sie den MieterInnen an Hauptmietzins und/oder Betriebskosten rechtswidrig zuviel verrechnet haben, sollen sie den MieterInnen in doppelter Höhe zurückzahlen müssen.